

ter selbst zu Gruppen zusammenfinden und ihre Gruppenführer wählen, die ihrerseits wiederum Präferenzen hinsichtlich jener Arbeiter aussprechen können, die sie wünschen. Beide Seiten haben ihre Rechte und Pflichten entsprechend den Vereinbarungen. In Chinas Betrieben gibt es in einer Werkstatt bzw. einer Werkhalle mehrere organisierte Gruppen. In anderen Teilen Chinas wird einem Angestellten der Arbeitsplatz durch das Personalbüro zugeteilt. Weder der Arbeiter selbst noch der Gruppenchef hat irgendeinen Einfluß auf diese Entscheidung. Im allgemeinen muß der Arbeiter seine Arbeit tun, sogar dann, wenn er unzureichend ausgebildet oder nicht glücklich damit ist. Dies kann den Enthusiasmus dämpfen. Das neue System aber hat die Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Managern verbessert, dies hat zu einem Anstieg der Produktivität geführt, so jedenfalls ein Verantwortlicher des Provinz-amtes für Arbeit und Personal.

Eine Untersuchung bei einigen Unternehmen, die dieses System verwenden, wurde durch das Amt durchgeführt. Es zeigte sich, daß der gesamte Produktionswert um 39% in der ersten Hälfte des Jahres 1985 anstieg (im Vergleich mit derselben Periode des Jahres 1984), während die Gewinne um 127% stiegen. 5% der Unternehmen hatten keinen nennenswerten Fortschritt erzielt, dies wurde jedoch dem Fehlen von Rohmaterialien, Preisproblemen und anderen Schwierigkeiten zugeschrieben.

Ein Verantwortlicher des Provinz-amtes zitierte die Papierfabrik in der Stadt Luohe als Beispiel für die Arbeitsweise des Systems. Die im Jahre 1971 gebaute Fabrik verlor in den ersten 10 Jahren 4 Mio. Yuan, nach Einführung der Reform im Jahre 1981 wurde sie schnell wieder lebensfähig, und im Jahre 1983 wurde ein Gewinn von 617.000 Yuan erzielt. Im Jahre 1984 stiegen die Gewinne auf 2,1 Mio. Yuan.

Die Betriebe haben auch Maßnahmen ergriffen, um jenen Arbeitern und Angestellten zu helfen, die wegen mangelhafter Ausbildung oder schlechter Arbeitsergebnisse nicht von Abteilungschefs akzeptiert worden sind. Ältere Arbeiter und schwangere Frauen erhalten eine Vorzugsbehandlung. Veteranen über 50 Jahre werden manchmal zu technischen Beratern oder Lehrern in Ausbildungsklassen bestimmt. Jüngere Arbeiter können Kurse mitmachen, sie erhalten den vollen Lohn, jedoch keine Boni. Um überschüssige Arbeitskräfte zu absorbieren, werden von den Unternehmen Land und Finanzmittel bereitgestellt, um in neue Geschäftszweige zu expandieren. (XNA, 14.11.

1985, zit. nach SWB, 19.11.85)
-lou-

***(41)
Getreideproduktion um 13% gesunken**

Nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua sei die Getreideproduktion des Landes infolge schwerer Naturkatastrophen auf das Niveau des Jahres 1982 abgesunken. 1982 betrug die Getreideproduktion 354 Mio.t. Mit hin ist ein Rückgang von 53 Mio.t (oder 13%) gegenüber der Rekord-ernte des Jahres 1984 mit 407 Mio.t zu verzeichnen. Auch die Baumwoll-ernte soll gesunken sein, und zwar aufgrund der Reduzierung der Anbaufläche um 1,7 Mio.ha im Jahre 1985.

Die sogenannte cash-crop-Anbaufläche wurde 1985 um 3,3 Mio.ha ausgeweitet, während die Getreideanbaufläche um 4,7 Mio.ha reduziert wurde. Das Verhältnis der cash-crop-Anbaufläche zu den Getreideanbauflächen betrug 1985 21:79 gegenüber 17:83 im Jahre 1984.

Aufgrund der Rekordernte des Jahres 1985 erreichte China zum erstenmal die Selbstversorgung und wurde sogar zum Nettogetreideexporteur. China hat noch Getreidereserven aus dem Jahre 1984 und wird die Importe aus den USA, aus Kanada oder Australien nicht erhöhen. Vorausgesetzt, die Schätzungen der chinesischen Nachrichtenagentur erweisen sich als richtig, so ist das 1985er Produktionsergebnis immer noch das vierthöchste in der Geschichte des Landes. Die aus dem Getreiderückgang zu ziehenden Konsequenzen sind denn auch nicht in erster Linie unmittelbar wirtschaftlich, sondern politisch.

Politbüromitglied Chen Yun hatte in gewisser Weise Deng Xiaoping kritisiert, als er im September 1985 voraussagte, daß der Getreidemangel zur sozialen Unruhe führen werde. Die Regierung macht die Überschwemmungen in den Nordostprovinzen Liaoning, Jilin und Heilongjiang, die 10 bis 12 Mio.t Getreide vernichteten, und die Trockenheit in den Provinzen Sichuan, Hunan und Hubei teilweise für den Rückgang der Getreideernte verantwortlich. Die Rekordernte des Jahres 1984 hatte aber zu einem Preisverfall geführt. Deshalb konzentrierten sich viele Bauern auf die sogenannten cash crops, wie z.B. Gemüse und Melonen, bzw. gingen in die Intensivlandwirtschaft, wie z.B. die Geflügelzucht, weil sie sich von diesen Produktionsaktivitäten - mit Recht - höhere Einkommen versprechen. (AWSJ, 17.12.1985) -lou-

TAIWAN

*
*

***(42)
Neue außenpolitische Niederlage**

Infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und Nicaragua hat Taiwan am 7. Dezember seine diplomatischen Beziehungen zu dem lateinamerikanischen Staat "unterbrochen". Neben der sofortigen Schließung der Botschaft in Managua zog die Taipeier Regierung auch eine landwirtschaftstechnische Entwicklungsgruppe aus Nicaragua zurück (ZYRB, 8.12.85). In einem am 7. Dezember zwischen dem chinesischen Außenminister Wu Xueqian und seinem nicaraguanischen Amtskollegen Miguel d'Escoto Brockmann unterzeichneten gemeinsamen Communiqué zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen hat Managua Beijing als die einzige legitime Regierung Chinas und Taiwan als einen "untrennbaren Bestandteil der Volksrepublik China" anerkannt (RMRB, 8.12.85).

Vor Nicaragua hatte Bolivien am 11. Juli diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen und die zu Taiwan abgebrochen (C.a. Juli 1985, S. 428, Ü 52). Grenada, das die Republik China auf Taiwan nie anerkannt hat, folgte am 1. Oktober mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China (C.a. November 1985, S. 755, Ü 33). Beijing unterhält nun mit 133 Staaten diplomatische Beziehungen, dagegen wird die Regierung der Republik China auf Taiwan nur noch von 23 Staaten der Welt anerkannt, davon 13 in Lateinamerika. Abgesehen von Mexiko und den karibischen Ländern ist Nicaragua das erste Land Mittelamerikas, das die VR China anerkannt hat. Taiwan, das in dieser Region noch diplomatische Beziehungen mit El Salvador, Guatemala, Honduras, Costa Rica und Panama unterhält, muß jetzt befürchten, daß diese Länder dem Beispiel Nicaragua folgen werden (vgl. LHB, 5.12.85). In Costa Rica hat die amtliche chinesische Presseagentur Xinhua bereits ein Büro eingerichtet, und kürzlich ließ der ehemalige Staatspräsident von Costa Rica, Jose Figueres, bei seinem Chinabesuch verlauten, daß sein Land freundschaftliche Beziehungen zu der VR China aufnehmen möchte. Auch Panama unterhält seit langem engere Handels- und Kulturkontakte mit Beijing, und das südamerikanische Land Uruguay steht kurz vor einer Anerkennung der VR China. Sowohl die Regierungspartei als auch die Opposition Uruguays haben dies befürwortet. Im letzten September führte der chinesische Außenminister Wu Xueqian in New York Gespräche mit dem uru-

guayischen Ministerpräsidenten; Anfang Dezember reiste zum ersten Mal eine offizielle Parlamentarier-Delegation verschiedener Parteien Uruguays in die VRChina (LHB, 3.12.85).

Obendrein ist die Mitgliedschaft Taiwans bei der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), einer Unterorganisation der UNO, gefährdet. Am 28. November beantragte Beijing offiziell den Eintritt in die ADB. Im Februar 1983 und März d.J. hat der Außenminister der VRChina, Wu Xueqian, zweimal per Telegramm die Absicht der VRChina geäußert, der Bank beizutreten und betonte dabei, daß seine Regierung die einzige legitime Regierung Chinas und auch nur sie berechtigt sei, China bei der ADB zu vertreten. Doch möchten die USA, die Hauptträger der Bank sind, Taiwan aus diesem internationalen Geldinstitut nicht ausgeschlossen sehen. Nach langwierigen Verhandlungen soll zwischen der ADB und Beijing schließlich ein Kompromiß vereinbart worden sein, nach dem Taiwan anstatt als "Republik China" unter dem neuen Namen "Taipei, China" weiter Mitglied der ADB bleiben könne. Es ist nach der Erklärung der ADB zu erwarten, daß der Antrag der VRChina auf Mitgliedschaft noch vor der Jahrestagung des Geldinstituts im April des kommenden Jahres genehmigt wird (DGB, 30.11.85).

Unklar ist jedoch, ob Taiwan unter den genannten Bedingungen weiter in der ADB verbleiben wird. Nach der Bekanntgabe der Vereinbarung zwischen ADB und Beijing betonte Taipei seine Ablehnung jeglicher Lösung, die sein Recht und seinen Namen in der ADB beeinträchtigen werde (ZYRB, 30.11.85 und LHB, 3.12.85). Bislang hat Taiwan nur bei internationalen Sportorganisationen den Namen "China, Taipei" akzeptiert und auf die Verwendung einer Nationalflagge verzichtet. Angeblich gibt es innerhalb der Taipeier Regierung Meinungsverschiedenheiten darüber, ob dieses "Olympiamodell" auch auf internationale politische Institutionen wie die ADB übertragen werden soll (LHB, 3.12.85). Die ADB ist zur Zeit die einzige internationale politische Organisation, zu der Taiwan noch gehört. Sollte die zwischen der ADB und Beijing vereinbarte Lösung der Taiwanfrage auch von Taipei angenommen werden, so wäre es ein Durchbruch in der taiwanesischen Außenpolitik. Dies scheint aber sehr unwahrscheinlich. Außerdem hat ein Sprecher des Beijinger Außenministeriums am 4. Dezember bekanntgegeben, daß die Lösung der Taiwanfrage bei der ADB keinen Präzedenzfall für andere internationale Organisationen darstellen würde (DGB, 5.-11.12.85).

*(43)

Jiang Jingguo nochmals über die Nachfolgefrage

Anlässlich des 38. Jahrestages des Inkrafttretens der Verfassung der Republik China betonte Staatspräsident Jiang Jingguo (Chiang Chingkuo) am 25. Dezember 1985 vor den Abgeordneten der Nationalversammlung nochmals, daß sein Amtsnachfolger nicht aus seiner Familie kommen werde. Er meinte, eine solche Frage bestehe nur in totalitären und diktatorischen Staaten. Für die Republik China bestehe aufgrund ihrer Verfassung überhaupt keine solche Frage, der nächste Präsident werde verfassungsgemäß durch die Nationalversammlung gewählt. Keiner seiner Familienangehörigen, so Jiang, könne und werde für das nächste Präsidentenamt kandidieren. Außerdem versicherte der Präsident, daß es auch nicht zu einer Militärregierung kommen werde und sich auch keine Regierungsform herausbilden könne, die der Verfassung widerspreche; und die Regierungspartei werde nie die Verfassung ändern (ZYRB, 26.12.85). Bereits am 16. August hatte Präsident Jiang in einem Interview für das US-Nachrichtenmagazin "Time" gesagt, daß er niemals daran gedacht habe, einen Nachfolger aus seiner Familie zu wählen (C. a. August 1985, S. 506 f., Ü 46).

Jiang, der an Diabetes leidet, wird bald 76 Jahre. Wegen seines zunehmenden Alters und seines problematischen Gesundheitszustandes sind seit Jahren Spekulationen über seinen möglichen Nachfolger im Gange. Nachdem alle mutmaßlichen Favoriten für dieses Amt aus dem Führungsgremium der Regierung bzw. der Regierungspartei nacheinander ausgeschlossen waren, konzentrierten sich die Spekulationen immer mehr auf Jiang Xiaowu, dem zweiten Sohn des Präsidenten. Offiziell hat er das Amt des Generaldirektors der staatlichen Fernsehanstalt inne, jedoch steht dem Vernehmen nach auch der Geheimdienst unter seinem Einfluß.

Die Sorge der Öffentlichkeit Taiwans um die Präsidentennachfolge nahm noch zu, nachdem sich 1985 eine Reihe von politischen Skandalen und Wirtschaftskrisen ereigneten. Die erst vor anderthalb Jahren umgebildete Regierung unter Ministerpräsident Yu Guohua (Yu Kuo-hua) schien zu schwach, die komplizierte Situation zu meistern. Bestürzung löste besonders die Entdeckung aus, daß drei führende militärische Geheimdienstler Taiwans in die Mordaffäre um den in den USA eingebürgerten Schriftsteller Henry Liu (alias Jiang Nang und Liu Yiliang), Autor einer kritischen Biographie über Jiang Jingguo, verwickelt waren. Gerüchten zufolge

soll auch Jiang Xiaowu an den Vorkommnissen beteiligt gewesen sein.

In der genannten Rede zum Gedenntag der Verfassung sagte Jiang Jingguo, daß in den vergangenen anderthalb Jahren viel Unheil geschehen sei, einiges davon naturbedingt und einiges durch Menschen verursacht. Dies alles hätte dem Staat und der Bevölkerung nicht geringen Schaden zugefügt.

Gemäß Art. 47 der Verfassung der Republik China dauert eine Amtsperiode des Präsidenten sechs Jahre, und ein Präsident darf höchstens nur zweimal gewählt werden. Doch noch unter Marschall Jiang Jieshi wurde diese Einschränkung durch eine von der Nationalversammlung im März 1960 verabschiedete "provisorische Bestimmung für die Zeit der Mobilmachung und Bekämpfung der Rebellion" suspendiert. Jiang Jingguos zweite Amtsperiode läuft 1990 ab. In seiner Rede vom 25. Dezember hat er sich nicht dazu geäußert, ob er selbst noch einmal für das Amt kandidieren werde. Wenn sich auch kein Angehöriger seiner Familie um dieses Amt bei den nächsten Präsidentschaftswahlen bewirbt, bleibt die Frage der Nachfolge Jiang Jingguos weiterhin offen. In der Regierung oder Regierungspartei Guomindang gibt es z. Z. keinen, der so stark wäre, die Machtücke nach Jiang Jingguo auszufüllen. Wie bei seinem Vater, Marschall Jiang Jieshi, ist die Autorität von Präsident Jiang Jingguo eher von seiner Person als von seinem Amt abzuleiten. -ni-

*(44)

World Trade Center in Taipei eingeweiht

Sylvester 1985 wurde in Taipei die Ausstellungshalle des neu gebauten World Trade Center von Ministerpräsident Yu Guohua (Yu Kwo-hua) eingeweiht. Mit einer Baufläche von rund 150.000 qm ist es die größte Ausstellungshalle in Asien. Die Bauarbeiten dauerten fünf Jahre, und die Investitionssumme betrug 7 Mrd. NT\$ (umgerechnet 175 Mio. US\$). Sieben Stockwerke gruppieren sich um einen riesigen Innenhof, der so groß wie sechs Basketballplätze (3.630 qm) ist; der enormen Höhe wegen können in der Halle auch Yachten oder Baukräne ausgestellt werden.

Insgesamt besteht das Welthandelszentrum aus vier Baukomplexen; ein 34stöckiges Verwaltungsgebäude, ein internationales Konferenzzentrum mit einer Halle für 3.000 und zwei mittelgroße Hallen für je ca. 1.000 Personen sowie ein Hotel der Meridienkette mit 1.022 Zimmern sollen noch bis Ende 1988 erstellt werden. Gleichzeitig mit der Einweihung des Bauwerkes wurde die

Veranstaltung "Information und Automation" in der neuen Ausstellungshalle eröffnet. Die Ausstellungshalle ist für 1986 bereits voll ausgebucht (ZYRB, 22. u. 31.12.85 und Central News Agency, 3.1.86). -ni-

*(45)

Wirtschaftslage Ende 1985

Wachstum: In den ersten drei Quartalen 1985 lag die Wirtschaftswachstumsrate bei jeweils 6,11%, 4,33% und 4,02%, für das letzte Quartal wird sie auf 4,56% geschätzt. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird nach Schätzungen 1985 bei 4,73% liegen (ZYRB, 24.12.85).

Preise: Vom Januar bis November sanken die Großhandelspreise um 2,56%, die Verbraucherpreise um 0,06% (LHB, 16.12.85). Für 1985 insgesamt wird eine Senkung der Großhandelspreise um 2,6% und eine geringe Steigerung der Verbraucherpreise um 0,1% erwartet (LHB, 11.12.85; ZYRB, 24.12.85).

Arbeitslose: Im Oktober waren 3,45% (im September 3,62%) der arbeitenden Bevölkerung ohne Beschäftigung (ZYRB, 2.12.85). Die Arbeitslosenquote lag 1985 nach Schätzungen im Durchschnitt bei 2,9% (LHB, 15.12.85).

Investitionen: Die Investitionshöhe 1985 wird auf eine Summe von 440 Mrd. NT\$ (40 NT\$=1 US\$) veranschlagt, was 18% des Bruttosozialproduktes entspräche (LHB, 9.12.85). Bis Ende November genehmigte die Regierung ausländische Investitionen in Höhe von 530 Mio. US\$, damit wurde ein Zuwachs von 22,1% oder 100 Mio. US\$ gegenüber dem gleichen Zeitraum 1984 verzeichnet. Ein Überschreiten der Grenze von 600 Mio. US\$ für das ganze Jahr wird vorausgesagt (1984: 558 Mio. US\$) (LHB und ZYRB, 8.12.85).

Außenhandel: Mit 46.567,3 Mio. US\$ ist das Gesamtvolumen im Außenhandel von Januar bis November 1985 gegenüber dem Vergleichszeitraum 1984 um 3,6% (1.720,4 Mio. US\$) gesunken. Infolge des beträchtlichen Importrückgangs kletterte der Exportüberschuß auf 9.671,5 Mio. US\$, und für das ganze Jahr wird ein Exportüberschuß von über 10 Mrd. US\$ erwartet (LHB, 8.12.85). Der Handel mit den USA nahm einen Anteil von 41% am Gesamtußenhandel Taiwans ein (Central News Agency, 3.1.86). Die USA sind der größte Handelspartner Taiwans, und Taiwan ist hinter Kanada, Japan, Mexiko, der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien der fünftgrößte Handelspartner der USA. Der bilaterale Handelswert betrug in den ersten 10 Monaten 1985 18,6 Mrd. US\$, und

zwar mit einem riesigen Defizit von 11 Mrd. auf Seiten der USA (Central News Agency, 29.11.85). Im gleichen Zeitraum belief sich der bilaterale Handel zwischen Taiwan und der Bundesrepublik Deutschland auf 3.824,5 Mio. DM (+14,5% gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorigen Jahres). Während Taiwans Exporte nach Deutschland mit 2.275 Mio. DM um 11,4% zunahm, stiegen die Importe aus Deutschland mit 1.548,8 Mio. DM sogar um 19,4% (Central News Agency, 27.12.85).

Nach den Statistiken des Internationalen Währungsfonds avancierte Taiwan 1985 in der Welthandels-Rangliste vom 16. auf den 15. Platz; bei Exporten nahm es den 11. und bei Importen den 19. Platz ein (Central News Agency, 3.1.86).

Tourismus: Im Zeitraum Januar-November 1985 wurden gegenüber der gleichen Vorjahresperiode 4,5% weniger Touristen aus dem Ausland registriert. Während die Zahl der Touristen ausländischer Nationalitäten um nur 3% abnahm, verringerte sich die der Überseechinesen drastisch um 10,7% (Central News Agency, 12.12.85).

Devisenreserve: Ende November wies die internationale Leistungsbilanz Taiwans ein Aktiva vom 8,8 Mrd. US\$ auf, für das gesamte Jahr 1985 wird ein Guthabenüberschuß in Höhe von 9,8 Mrd. US\$ erwartet (LHB, 30.12.85). Die Devisenreserve erreichte Ende Oktober eine Höhe von 21 Mrd. US\$, bis Ende 1985 soll sie noch weiter auf 22 Mrd. US\$ ansteigen (Ende 1984: 1,65 Mrd. US\$). Damit nimmt Taiwan unter allen Ländern mit hohen Devisenreserven hinter der Bundesrepublik Deutschland (42,8 Mrd. US\$), Japan (27,6 Mrd. US\$), den USA (27,2 Mrd. US\$), Saudi-Arabien (25 Mrd. US\$) und Frankreich (23 Mrd. US\$) den 6. Platz ein (vor vier Jahren: 11. Platz). Nach Pro-Kopf-Devisenreserven gerechnet steht Taiwan an 4. Stelle und nach dem Anteil der Devisenreserven am Bruttosozialprodukt (38%) sogar nur hinter Singapur (66%) an 2. Stelle weltweit (LHB, 23. und 30.12.85).

Budget: Infolge rückläufiger Exporte und verlangsamten Wirtschaftswachstums hat die Regierung 1985 mit weniger Steuereinnahmen rechnen müssen. So wird es in dem noch laufenden Haushalt schätzungsweise eine Lücke von rund 28 Mrd. NT\$ geben: Zolleinbußen 15 Mrd. NT\$, inländische Steuereinbußen 10 Mrd. NT\$ und Einbußen aus anderen Bereichen 2,7 Mrd. NT\$ (LHB, 13.12.85). Im kommenden Finanzjahr werden die roten Zahlen gegenüber dem gegenwärtigen Budget um 20% auf

75 Mrd. NT\$ steigen (LHB, 13.12.85). Im Budget für das Finanzjahr 1987 sieht die Regierung vor allem zur Belebung der Wirtschaftskonjunktur mehr Ausgaben vor. Mit 412,3 Mrd. NT\$ liegt der Voranschlag um 4,5% höher als das Budget des laufenden Finanzjahres (ZYRB, 24.12.85). -ni-

HONGKONG UND MACAU

*
*

*(46)

Beratungskomitee für den Entwurf des Grundgesetzes der künftigen Sonderzone Hongkong gegründet

Am 18. Dezember wurde in Hongkong ein Beratungskomitee gegründet, das bei dem Entwurf des geplanten Grundgesetzes der künftigen Sonderzone Hongkong nach der zwischen Beijing und London vereinbarten Rückgabe der Kolonie an China im Jahr 1997 Unterstützung leisten soll (DGB, 20.12.85). Es besteht aus 174 Mitgliedern aus verschiedenen Gesellschaftskreisen einschließlich einiger Ausländer (vgl. dazu DGB, 20.9.85). Gemäß Artikel 6 und 7 seines Statuts hat das Komitee die Aufgabe, unter der Bevölkerung Meinungen bzw. Vorschläge zum Inhalt des geplanten Grundgesetzes zu sammeln und sie ohne Beschluß an den Ausschuß für den Entwurf des Grundgesetzes unter dem Ständigen Komitee des Nationalen Volkskongresses der VR China weiterzuleiten (DGB, 12.9.85).

In der Öffentlichkeit wurde kritisiert, daß es unter den Mitgliedern des Beratungskomitees sechs Personen gebe, die auch gleichzeitig dem Ausschuß für den Entwurf des Grundgesetzes angehören, und von denen vier in dem 19 Mitglieder starken Ausführungsausschuß vertreten sind. Vor allem hat es vielen Hongkongern nicht gefallen, daß der Ausführungsausschuß auf den Vorschlag der Initiativgruppe am 6. Dezember drei Mitglieder des Ausschusses für den Entwurf des Grundgesetzes zu dem Vorsitzenden, Stellvertretenden Vorsitzenden und Generalsekretär des Beratungskomitees gewählt hat. Es wurde vorgeworfen, daß Beijing die Bildung des Beratungskomitees manipuliert habe und daß bei der Regierungsbildung der zukünftigen Sonderzone gleiche Methoden angewandt werden könnten (vgl. DGB, 10. und 12.12.85).

Auf diese Vorwürfe hin haben die 19 Mitglieder des Ausführungsausschusses am 11. Dezember den Vorsitzenden, die stellvertretenden Vorsitzenden und den Generalsekretär des Beratungskomitees neu gewählt. Das Wahlergebnis blieb